



10 Maßnahmenbündel
für eine gesundheitsfördernde
Zukunft in Österreich



ROADMAP

„Zukunft Gesundheitsförderung“



„Wir wollen die Gesundheit der Menschen und ihre Lebensqualität verbessern. Wie das geht und was wir dafür brauchen, wissen die Menschen selbst am besten. Daher haben wir über unterschiedliche Beteiligungsformate alle eingeladen, mitzureden und eigene Ideen und Vorschläge einzubringen. In dieser Roadmap führen wir die Perspektiven von Bürgerinnen und Bürgern, von Expertinnen und Experten und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zusammen. Die Ergebnisse fließen in wichtige gesundheitspolitische Weichenstellungen der nächsten Jahre ein. Machen Sie sich mit uns auf den Weg!“

Bundesminister Johannes Rauch

Strategieprozess „Zukunft Gesundheitsförderung“

Mission Statement

Aufruf zur partnerschaftlichen Umsetzung

Eine Zukunft in guter Lebensqualität, mit vielen gesunden Lebensjahren und Chancengerechtigkeit für alle in Österreich lebenden Menschen, dazu kann Gesundheitsförderung gerade jetzt besonders beitragen.

Globale und nationale Herausforderungen – Covid-19 Pandemie, Krieg in der Ukraine, Klimakrise – haben eines verdeutlicht: Langfristige, am Gemeinwohl orientierte Werte, wie eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage, Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt, sollten über kurzfristig orientierten Partikularinteressen stehen. Diese Roadmap ist der Idee einer „Well-being Society“ verpflichtet, in der das Wohlergehen und die Gesundheit aller Menschen, Umwelt- und Klimaschutz im Zentrum der gemeinsamen Anstrengungen stehen. Sie weist einen Weg zu einer gesundheitsfördernden Zukunft für Österreich. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, nachhaltig in Gesundheit zu investieren.

Die Roadmap ist das Ergebnis des vielstimmigen Strategieprozesses „Zukunft Gesundheitsförderung“. Die verschiedenen Methoden dieses partizipativen Prozesses ermöglichten einen visionären, langfristigen Blick in die Zukunft ebenso wie die Aushandlung kurz- und mittelfristiger Prioritäten. Die „Foresight“-Methodik bot den Blick in die fernere Zukunft. Bürger:innen-Räte, Fokusgruppen und ergänzende digitale Diskussionsformate machten unter der Beteiligung von **Expertinnen, Experten, Stakeholder:innen, Entscheidungsträger:innen und der Bevölkerung** – darunter auch vulnerable Gruppen – eine Prioritätensetzung für die nächsten Jahre möglich. Die Teilnehmer:innen an diesem Prozess identifizierten eine Reihe von besonders drängenden Themen, wie die psychische Gesundheit, vor allem von jungen Menschen, die Entlastung der Beschäftigten im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich oder auch den Bedarf an evidenzbasier-

ter, niederschwelliger und qualitativ hochwertiger Gesundheitsinformation. Auch die Bedeutung einer solidarischen Gesellschaft, die den Menschen, vor allem jenen in prekären Lebenssituationen, Existenzängste nimmt und eine zuversichtliche Teilhabe ermöglicht. Sowohl Bürger:innen als auch Expertinnen und Experten setzen große Hoffnung in die gesundheitsfördernde Gestaltung im Lebensraum Gemeinde/Stadt und einen breiten und niederschweligen Zugang zu Ansätzen, die in Österreich bereits in einzelnen Regionen umgesetzt werden, wie „sorgende Gemeinschaften“ (Caring Communities), Gesunde Nachbarschaft oder Community Nursing.

Die Roadmap verdeutlicht, dass **eine breite Beteiligung, vor allem auch der Bürgerinnen und Bürger**, bei gesundheitsrelevanten Entscheidungen von grundlegender Bedeutung ist und entsprechende Strukturen weiter aufgebaut und verstetigt werden sollten. Das gemeinsame Verständnis von Experten und Expert:innen und Bürger:innen befördert ein abgestimmtes Handeln der Stakeholder:innen.

Es gibt zahlreiche nationale und internationale Strategien zu verschiedenen Themen der Gesundheitsförderung. Die Roadmap will diese Strategien nicht ersetzen. Sie macht vielmehr Verbindungen deutlich und bietet eine Orientierung dafür, welche Maßnahmen in Österreich jetzt sektorübergreifend ausgearbeitet und gemeinsam umgesetzt werden sollten, um mehr Wohlergehen und mehr gesunde Lebensjahre für alle Menschen in Österreich zu erreichen.

Partizipativer Strategieprozess „Zukunft Gesundheitsförderung“

Was wurde gemacht?

Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung (Fonds Gesundes Österreich, ein Geschäftsbereich der Gesundheit Österreich GmbH) organisierte das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Rahmen der Agenda Gesundheitsförderung einen breiten Beteiligungsprozess. Bürger:innen, Expertinnen und Experten und Entscheidungsträger:innen wurden dazu eingeladen, ihre Perspektiven und Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde Zukunft in Österreich einzubringen.

Ein Redaktionsteam erarbeitete auf Basis der Erkenntnisse aller beteiligten Gruppen das vorliegende Empfehlungspapier mit 10 Maßnahmenbündeln für mehr Lebensqualität und mehr gesunde Lebensjahre für alle Menschen in Österreich. Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträger:innen unterschiedlicher Bereiche waren in den redaktionellen Prozess einbezogen. Das Papier konnte online* vor seiner Verabschiedung öffentlich kommentiert werden.

* www.beteiligung.agenda-gesundheitsfoerderung.at



Wie und wann konnte man sich beteiligen?



Umfrage anlässlich 10 Jahre Gesundheitsziele Österreich
Juli 2021: Bevölkerungsumfrage und ergänzende Fokusgruppen zur Gesundheit im Alltag, während der Covid-19-Pandemie und zu persönlichen Gesundheitsressourcen.



Foresight-Prozess
2021: Expertinnen und Experten und Stakeholder:innen erarbeiteten gemeinsam visionäre Ziele für die Weiterentwicklung und nachhaltige Verankerung von Gesundheitsförderung bis 2050 in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen.



Online-Expert:innen-Konsultation
Mai bis Juni 2022: Auf der digitalen Beteiligungsplattform* empfahlen Expertinnen und Experten, aufbauend auf bisherigen Prozessen und bestehenden Strategien, Ansatzpunkte und konkrete Maßnahmen für diverse Gesellschaftsbereiche.



Online-Bürger:innen-Dialog
Juli bis September 2022: Interessierte Bürger:innen brachten ihre Erfahrungen zu Bedarfen ein, damit gesundheitsfördernde Maßnahmen dort ansetzen, wo sie am meisten gebraucht werden.



Vier Fokusgruppen und eine Gesprächsrunde
August bis September 2022: Bevölkerungsgruppen, die an den anderen Beteiligungsformaten weniger leicht teilnehmen konnten, wie von Armut betroffene Menschen, Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Senior:innen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und ihre pflegenden Angehörigen, die sich in Selbsthilfegruppen engagieren, brachten sich in Gesprächsrunden aktiv ein.



Drei Bürger:innen-Räte
September bis Oktober 2022: Zufällig ausgewählte Bürger:innen aus ganz Österreich tauschten sich 1 ½ Tage in Salzburg, Graz und Wien intensiv zur Zukunft der Gesundheitsförderung aus und erarbeiteten jeweils fünf Kernbotschaften mit konkreten Maßnahmenvorschlägen.



Veranstaltung: Forum Zukunft Gesundheitsförderung
Oktober 2022: Die Ergebnisse aller beteiligten Gruppen wurden bei einer hybriden Veranstaltung in Wien präsentiert und vor dem Hintergrund bestehender nationaler und internationaler Strategien und Entwicklungen diskutiert, um bedarfsorientierte und wirksame Maßnahmenbündel zu entwickeln.

* www.beteiligung.agenda-gesundheitsfoerderung.at

Beteiligung im Strategieprozess „Zukunft Gesundheitsförderung“

Wer hat mitgemacht?

Insgesamt haben sich rund 500 Personen am Strategieprozess 2021 und 2022 aktiv beteiligt: davon rund 300 Expertinnen und Experten und rund 180 Bürger:innen. Mehr als 2.000 Menschen nahmen darüber hinaus zwischen Sommer und Herbst 2021 an einer Online-Umfrage und Fokusgruppengesprächen teil.

150 **Expertinnen und Experten** (persönlich im Foresight-Prozess)

2.102 **Bürger:innen** (Umfrage zu 10 Jahren Gesundheitsziele)

49 **Fokusgruppen-Teilnehmer:innen** (persönlich)
6 Jugendliche, 11 Senior:innen, 2 armutsgefährdete Menschen, 14 Menschen mit Migrationshintergrund (arabisch- und türkischsprachige Frauen und türkischsprachige Männer), 17 Mitglieder von Selbsthilfegruppen

43 **Bürger:innen-Räte** (persönlich)

86 **Bürger:innen** (online auf Beteiligungsplattform)

176 **Expertinnen und Experten** (online auf Beteiligungsplattform)

88 **Bürger:innen** und **153** **Expertinnen und Experten** und **Stakeholder:innen** (persönlich/online, Forum Zukunft Gesundheitsförderung)



Wie wurden die Personen eingeladen, sich zu beteiligen?

Im strategischen Zukunftsprozess 2021 haben drei Veranstaltungen (Auftakt, Szenarien- und Visionsforum) stattgefunden, bei denen Expertinnen und Experten sowie Stakeholder:innen aus den unterschiedlichsten Bereichen, wie Politik, Forschung, Praxis der Gesundheitsförderung, Zivilgesellschaft, Selbsthilfe, Wirtschaft und Bildung, ihre Perspektiven einbrachten und gemeinsam eine Vision „Gesundheitsförderung 2050“ entwickelten.

Rund 6.000 zufällig aus dem zentralen Melderegister ausgewählte Personen aus ganz Österreich wurden 2022 im partizipativen Strategieprozess eingeladen, sich für die Teilnahme an einem Bürger:innen-Rat zu bewerben. Aus den Interessierten wurden Teilnehmer:innen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, Ausbildungsgrades und regionaler Herkunft gezogen, die zu einem der drei Bürger:innen-Räte in Salzburg, Wien und Graz eingeladen wurden.

Fünf Fokusgruppen wurden gemeinsam mit Kooperationspartner:innen organisiert. Unterstützt wurde deren Umsetzung von der Caritas Sozial- und Familienberatungsstelle Wien, der Mobilien Jugendarbeit Tandem, dem Kuratorium der Wiener Pensionisten-Wohnhäuser – Haus Prater, dem Dachverband der Selbsthilfegruppen Oberösterreich und den Gesundheitszentren FEM Süd und MEN.

Zur Online-Beteiligung, anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Gesundheitsziele, und auf der Beteiligungsplattform wurde über digitale und analoge Kanäle bundesweit eingeladen. Expertinnen und Experten, die im Rahmen der Gesundheitsziele Österreich aktiv sind, Vertreter:innen relevanter Strategien und politische Entscheidungsträger:innen wurden persönlich eingeladen, sich am Strategieprozess (2021 – 2022) zu beteiligen. Sie haben sich bei den Veranstaltungen und auf der digitalen Beteiligungsplattform eingebracht.

Vertreter:innen der folgenden Strategien waren in den Prozess eingebunden

- Gesundheitsziele Österreich
- Gesundheitsförderungsstrategie
- Nationale Strategie „Gesundheit im Betrieb“
- Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie
- Österreichische Jugendstrategie
- Demenzstrategie
- Nationaler Aktionsplan für Frauengesundheit
- Nationaler Aktionsplan für Behinderung
- Nationaler Aktionsplan für Ernährung
- Nationaler Aktionsplan für Bewegung
- SDG (Sustainable Development Goals)
- In Ausarbeitung befindliche Strategien zum Klimaschutz (Co-Benefits)

Ergebnisaufbereitung im Strategieprozess „Zukunft Gesundheitsförderung“

Die Vorschläge aus allen Beteiligungsformaten wurden für das „Forum Zukunft Gesundheitsförderung“ nach inhaltlicher Analyse der Online-Konsultationen aufbereitet. Sie wurden bei der Veranstaltung in thematischen Workshops anhand folgender Kriterien nach ihrer Wirksamkeit bewertet:

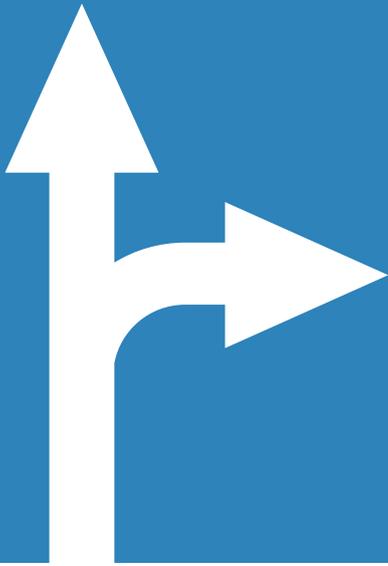
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen decken einen besonderen Bedarf und finden Akzeptanz in der Bevölkerung und bei Stakeholder:innen.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ressourceneffizient und sind gut sichtbar.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen können auf vorhandenen Kapazitäten aufbauen oder tragen zur innovativen Weiterentwicklung von Konzepten bei.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind auch für andere Sektoren relevant und es ist ein hohes Commitment von Entscheidungsträger:innen und Akteurinnen und Akteuren vorhanden.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind qualitativ hochwertig und entsprechen den Grundprinzipien der Gesundheitsförderung.

In den Workshops wurden auf Basis dessen zentrale Zielsetzungen für die nächsten Schritte zur stärkeren Verankerung der Gesundheitsförderung herausgearbeitet. Diese Schwerpunkte („Hebel“) und für deren Umsetzung wichtige und wirksame Maßnahmenempfehlungen wurden für dieses Empfehlungspapier zu **zehn Maßnahmenbündeln für eine gesundheitsfördernde Zukunft in Österreich** zusammengefasst.

Die Maßnahmenbündel greifen die von der WHO in der „Geneva Charter for Wellbeing“ angeregte Neuorientierung der Gesellschaft im Sinne einer gerechten Verteilung von Wohlstand, Gesundheit und Wohlbefinden, welche die Grenzen der (natürlichen) Ressourcen der Umwelt berücksichtigt, auf. Besonders hervorzuheben sind hier die für den gesamten Prozess handlungsleitenden Prinzipien der **gesundheitlichen Chancengerechtigkeit** und das Ziel des **Empowerments**.



Foto: Wolfgang Pecka



Die Schaffung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit ist Kompass und Orientierung für alle vorgeschlagenen Maßnahmenbündel, denn gesunde Lebenserwartung und Lebensqualität sind wesentlich von den **sozioökonomischen Lebensumständen** geprägt. Auch **Geschlechtergerechtigkeit** hat hier einen zentralen Stellenwert. **Klimaschutz** wurde in mehreren Maßnahmenbündeln als wichtiges Element zur Sicherung von Gesundheit und Lebensqualität aufgegriffen.

Die empfohlenen Maßnahmen wurden im Zuge der Aufbereitung drei Interventionsbereichen für die Entwicklung von Kapazitäten in der Gesundheitsförderung zugeordnet:

Policy und Vernetzung, Ressourcen und Umsetzung und Wissen und Kompetenzen

Ziel und Nicht-Ziel der Roadmap

Das vorliegende Empfehlungspapier (Roadmap) hat das Ziel, Maßnahmen für mehr Gesundheit und Lebensqualität für alle in Österreich lebenden Menschen in den kommenden fünf Jahren zu formulieren und zu priorisieren. Es wurde **unter Einbindung einer breiten Öffentlichkeit und mit Akteurinnen und Akteuren unterschiedlicher Sektoren erarbeitet** und greift eine Fülle der im Prozess eingebrachten Perspektiven, Ideen und Anliegen für eine Zukunft mit mehr gesunden Lebensjahren und mehr Lebensqualität für alle in Österreich lebenden Menschen auf.

Die vorgeschlagenen Maßnahmenbündel sollen eine stärkere Verankerung von Gesundheitsförderung in Österreich befördern und den Mehrwert von Gesundheit in den unterschiedlichen Sektoren sichtbar machen. Sie haben, entsprechend dem Prozess, einen klar intersektoralen Charakter und können nur durch Zusammenarbeit aller zentralen Akteurinnen und Akteure verwirklicht werden.

Ein politischer Abstimmungsprozess mit allen möglichen Sektoren zur Formulierung der Roadmap ist im Rahmen des Beteiligungsprozesses nicht vorgesehen. Vielmehr ist diese Roadmap Ausgangspunkt für die Bildung von Allianzen zur Umsetzung ausgewählter Maßnahmenbündel.

Alle Akteurinnen und Akteure sind dazu aufgerufen, zur Umsetzung beizutragen und mit dem BMSGPK Umsetzungspartnerschaften einzugehen!

Manche der hier gelisteten Maßnahmen werden bereits in einem kleineren Rahmen, z. B. als Pilotprojekte, umgesetzt oder sind Gegenstand vorhandener Strategien. Andere Ideen sind ganz neu oder werden im Zusammenhang der Gesundheitsförderung erstmals aufgegriffen. Die Roadmap integriert beides gleichermaßen.

10 Maßnahmenbündel für mehr Lebensqualität und viele gesunde Lebensjahre für alle

Was wird empfohlen? Wo soll angesetzt werden?

10 Maßnahmenbündel für eine Zukunft in guter Lebensqualität, mit vielen gesunden Lebensjahren und Chancengerechtigkeit für alle in Österreich lebenden Menschen, werden empfohlen:

Soziale Gesellschaft und ökologisches Wirtschaften

Sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften unter Berücksichtigung der Chancengerechtigkeit fördern

Gesundheits- und Sozialwesen

Reorientierung im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Pflege hin zu mehr Gesundheitsförderung und umfassender Prävention

Klimaresiliente und bewegungsfördernde Lebens- und Sozialräume

Bewegung und das respektvolle, solidarische Zusammenleben in klimaresilienten und umweltfreundlichen Lebensräumen fördern

Arbeitsplatz

Integriertes Betriebliches Gesundheitsmanagement fördern und insbesondere Klein(st)-Betriebe bei der Sicherung eines gesundheitsfördernden Arbeitsumfelds unterstützen

Psychosoziales Wohlbefinden

Psychosoziale Gesundheit, Enttabuisierung psychischer Belastungen und ein respektvolles Miteinander fördern

Aufwachsen

Bildungs- und Betreuungsräume für Kinder, Jugendliche und Pädagog:innen gesundheitsfördernd gestalten

Nachhaltiges Ernährungssystem

Ein gesundes, faires und nachhaltiges Ernährungssystem schaffen, insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung

Ressourcen für Gesundheitsförderung

Finanzielle und personelle Ressourcen erhöhen, Strukturen für und Wissen über Gesundheitsförderung stärken, Zusammenarbeit verbessern

Beteiligung der Bevölkerung

Beteiligung und Mitgestaltung der Bevölkerung als Schlüssel für mehr Gesundheit stärken

Gesundheitskompetenz und -information

Gesundheitsinformation zielgruppenspezifisch und niederschwellig aufbereiten und (digital) zugänglich machen

Soziale Gesellschaft und ökologisches Wirtschaften

Sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften unter Berücksichtigung von Chancengerechtigkeit fördern

Sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften leistet, vor dem Hintergrund aktueller Krisen, einen wichtigen Beitrag zum Erhalt bzw. zur Steigerung der Lebensqualität. Es ist belegt, dass Faktoren wie Bildung, Einkommen, Erwerbstätigkeit und leistbarer Wohnraum maßgeblich über gesundheitliche Chancen entscheiden. Alternative Formen des Wirtschaftens sind zudem entscheidend für den Schutz von Umweltressourcen und für den Erhalt unseres Lebensraums. Die Wirtschaft kann somit einen Beitrag zum Erhalt ökologischer Ressourcen und zur Förderung der sozialen Teilhabe vulnerabler Gruppen leisten, etwa durch gesundheitsfördernde Nahrungsmittelproduktion, Reduktion von Emissionen und eine gerechte Entlohnung von Erwerbsarbeit und die Inklusion vulnerabler Gruppen in den Arbeitsmarkt. Die **Reduktion sozialer, finanzieller und gesundheitlicher Ungleichheit** soll bei politischen Entscheidungen als Kompass dienen. Die Reduktion von Armutsrisiken ist dabei zentral. Insbesondere Frauenarmut im Alter stellt in Österreich eine Herausforderung dar. Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Ressourcen und zur Schließung der sozialen Schere fördern das solidarische Miteinander. So können soziale Spannungen gemindert werden, womit demokratische Strukturen gestärkt werden können, die für die Lebensqualität entscheidend sind.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Orientierung an alternativen Indikatoren zur Messung des Erfolgs einer Gesellschaft kommunizieren
- Gesundheitsfördernde Regulierung nach Maßstäben des Allgemeinwohls („Well-Being Society“) durch Förderungen und Steuern forcieren
- Verschränkte Budgets (Health in All Policies) umsetzen
- Kooperationen mit Unterstützer:innen einer „Well-Being-Society“ in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik etablieren
- Nationaler Konvent für eine „Well-Being Society“
- Steuer- und Einkommensgerechtigkeit fördern (z. B. Vermögenssteuern)
- Armut bekämpfen, Existenzsicherung für alle garantieren
- Leistbaren Wohnraum durch rechtliche Rahmenbedingungen für alle sichern und Leerstände vermeiden

Ressourcen und Umsetzung

- Unterstützende Strukturen für Sorgearbeit ausbauen (Pflege und Kinderbetreuung) und weitere niederschwellige kommunale Anlaufstellen fördern
- Modellprojekte und Musterregionen einer „Well-Being Society“ etablieren

Wissen und Kompetenzen

- Indikatoren, Mess- und Steuerungsinstrumente für eine „Well-Being Society“ weiterentwickeln
- Gesundheitsfolgenabschätzung für Modelle aus der Ökonomie zu Steuergerechtigkeit bzw. mehr sozialer Gleichheit durchführen

Stimmen der Beteiligten

„Das Wirtschaftssystem muss sozialer werden und die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Kostenwahrheit im Sinne der Klimabelastung erreichen, Preis als starken Hebel nutzen.“

(Bürger:innen-Rat West)

„Zentral ist, soziale Ungleichheiten zu beseitigen. Denn Lebenserwartung und gesunde Lebensjahre korrelieren sehr stark mit den Faktoren Einkommen und Bildung.“

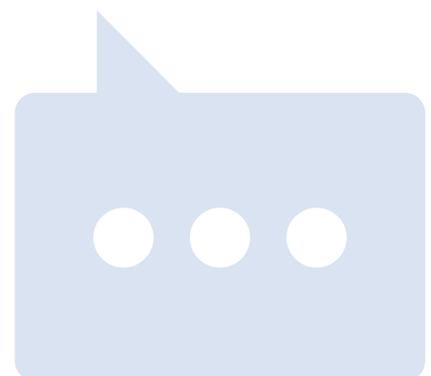
(Expertinnen und Experten)

„Ein leistbares Leben und genügend Geld, um an Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmen zu können und um soziale Spannungen und Streit wegen finanziellen Sorgen und Existenzängsten zu vermeiden.“

(Jugendliche)

„Ausreichend finanzielle Absicherung und so viele finanzielle Mittel für den täglichen Lebensbedarf wie nötig.“

(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)



Gesundheits- und Sozialwesen

Reorientierung im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Pflege hin zu mehr Gesundheitsförderung und Anreize für umfassende Prävention

Medizinische Interventionen können vorzeitige Mortalität und Morbidität nur um bis zu 20 % reduzieren. Lebensstil- und Umwelt-Determinanten tragen jedoch 50 % -70 % dazu bei.* Die stärkere **Orientierung des Gesundheits- und Sozialwesens an Gesundheit** statt Krankheit wird daher als Möglichkeit gesehen, das Missverhältnis zwischen Ressourceneinsatz und Wirkung für die Gesundheit im Gesundheitswesen zu überwinden. Voraussetzung dafür sind neben dem Erhalt einer umfassenden, guten Gesundheitsversorgung, eine niederschwellige Gesundheitsvorsorge und die Sicherung personeller und finanzieller Kapazitäten im Gesundheits- und Sozialwesen. Dazu tragen die Wertschätzung für Menschen in Gesundheitsberufen und ein **gesundes, attraktives und partnerschaftliches Arbeitsumfeld** bei. Wichtig ist auch eine Berücksichtigung der Genderunterschiede in der Sorgearbeit und eine adäquate Absicherung der Pflegenden und Betreuenden im informellen Bereich. Angeregt wird u. a. die Neugestaltung der Ausbildung, die Etablierung interdisziplinärer Teams und die Stärkung kommunikativer Fähigkeiten des Gesundheits- und Sozialpersonals sowie der Ausbau und die Sicherung eines lückenlosen, niederschweligen und gendersensiblen Zugangs zu Versorgungs-, Vorsorge- und Gesundheitsförderungsleistungen. Vernetzte Anbieter in Kommunen, unterstützte Navigation der Patient:innen im Gesundheitswesen und deren Beteiligung werden als Schlüssel zu mehr Effizienz im Gesundheitswesen und damit mehr Zeit für Patient:innen und ihre Anliegen gesehen.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Qualitätsindikatoren im Sinne der Gesundheitsförderung anpassen

Ressourcen und Umsetzung

- Strukturen für Beteiligung von Bürger:innen und Patient:innen über Kontaktstellen garantieren
- Lücken für alle schließen durch mehr präventive Kassenleistungen (insb. Zahngesundheit), Zugang zu psychosozialen und anderen Therapieangeboten und die Umsetzung von Präventionsketten
- Barrierefreier Zugang zu Gesundheitsdiensten insb. für Menschen mit kognitiven Einschränkungen und Sprachbarrieren
- Implementierung, lokale Koordination und Verstetigung von Community Nurses, Frühen Hilfen, Social Prescribing und Gesundheitsförderung in der Primärversorgung
- Gesundheitsförderung in einer gemeinsamen Basisausbildung für alle Gesundheitsberufe (inkl. Ärzt:innenschaft) anbieten
- Zusammenarbeit aller Gesundheits- und Sozialberufe fördern sowie gute Arbeitsbedingungen und Anreize für die Berufsgruppen schaffen
- Verbindliche Grundlage für Betriebliche Gesundheitsförderung in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie gute Vernetzung und Vertiefung bestehender Kooperationen dahingehend entwickeln

* J. Michael McGinnis, Pamela Williams-Russo, and James R. Knickman (2002) The Case For More Active Policy Attention To Health Promotion. in: Health Affairs 21:2, pp. 78-93.

- Suchtprävention insbesondere bzgl. legaler Suchtmittel und Nichtraucher:innenschutz, Unterstützungsprogramme für Suchtkranke fördern

Wissen und Kompetenzen

- Daten zu Bedarfen des Gesundheitspersonals erheben
- Gesundheitsberufe zur Umsetzung salutogenetischer und kommunikativer Kompetenzen empoweren
- Beratung und Begleitung für Mitbetroffene (Angehörige, Arbeitgeber:innen, etc.) ausbauen

Stimmen der Beteiligten

„Es braucht einen Paradigmenwechsel im Gesundheitssystem und in der Pflege - hin zu bedarfsgerechtem, individuell angepasstem Einsatz der öffentlichen Gelder für den langfristig bestmöglichen Nutzen für die Gesundheit.“
(Bürger:innen-Rat Ost)

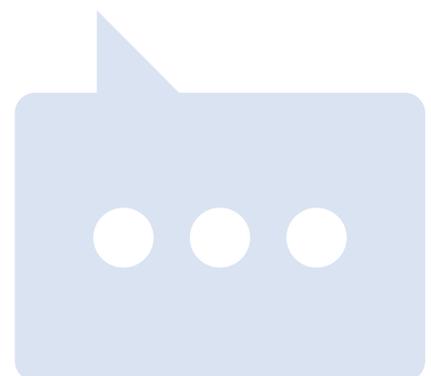
„Attraktivierung der Pflege- und Gesundheitsberufe durch mehr soziale Anerkennung und Wertschätzung, auch durch finanzielle Absicherung und einen erleichterten Zugang zu Aus- und Fortbildung.“
(Bürger:innen-Rat West)

„Lokale Anlaufstellen für soziale Anliegen und als Informationsdrehscheibe etablieren.“
(Expertinnen und Experten)

„Mobile Fahrdienste verbessern, damit die Orte der Gesundheit leicht erreicht werden können.“
(Senior:innen und Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)

„Sich mit medizinischem Personal verständigen können.“
(Migrant:innen)

„(Pfleger:innen) Angehörige unterstützen: Ansprechpartner und psychologische Betreuung, finanziell absichern, Betreuungszeit finanzieren, Pflegeschulung und Erfahrungswissen von Betroffenen in die Behandlung von Patient:innen einfließen lassen.“
(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)



Klimaresiliente und bewegungsfördernde Lebens- und Sozialräume

Bewegung und das respektvolle, solidarische Zusammenleben in klimaresilienten und umweltfreundlichen Lebensräumen fördern

Eine gesundheitsfördernde und klimafreundliche räumliche und soziale Gestaltung unserer Städte, Grätzler und Gemeinden ist nicht nur entscheidend, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, sondern fördert zudem den sozialen Zusammenhalt und bietet die notwendigen Ressourcen für regelmäßige Begegnung und Bewegung im Alltag. Die **Entwicklung lokaler und kommunaler Sorgenetzwerke und -kulturen (sogenannter Caring Communities)**, wird dafür als ebenso wichtig angesehen, wie eine **klimafitte und gesundheitsfördernde Raum-, Siedlungs- und Stadtplanung**. Infrastruktur und Angebote, die **aktive Mobilität und Bewegung** unterstützen und das **Aktivitätsniveau von Kindern und Erwachsenen steigern**, sind zudem entscheidend. Umfassende Barrierefreiheit sowie Infra- und Unterstützungsstrukturen für benachteiligte Personengruppen und deren Angehörige sind zentral, um ein gesundheitsförderndes Lebensumfeld und die Teilhabe aller Menschen in Österreich zu ermöglichen und zu fördern.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Intersektorale, gesetzliche Verankerung von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung (u.a. Hitzeschutz) und zum Klimaschutz
- Tempobeschränkungen für KFZ durchsetzen
- Grundinfrastruktur am Land und in Ortszentren für Begegnung und soziale Teilhabe erhalten
- Bundeskompetenz für übergeordnete Raumplanung schaffen, um ein österreichweites Raumentwicklungskonzept für Gemeinden zu forcieren, auch unter Berücksichtigung von Bewegungs- und Erholungsräumen sowie konsumfreien Räumen

Ressourcen und Umsetzung

- In gesundheitsfördernde, bewegungsfreundliche, verkehrsberuhigte Stadt- und Raumplanung investieren (z. B. durch Parkraumreduktion).
- Neuerschlossene Räume partizipativ gestalten
- Günstige, barrierefreie, öffentliche Verkehrsmittel (insb. im ländlichen Raum) anbieten
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und für Wohnen sicherstellen
- Konsumfreie Räume und wohnortnahe, niederschwellige Angebote, um geistig, körperlich und sozial aktiv zu bleiben, schaffen und ausbauen
- Bewegungsräume (z. B. Grünflächen, Parks, Rad- und Fußwege) und Sportflächen schützen und schaffen sowie bestehende Infrastruktur zugänglicher machen (z. B. Angebote für tägliche Bewegung)
- Renaturierung fördern und Baugründe sensibel erschließen
- Infrastruktur für aktive Mobilität ausbauen (z. B. Fahrradabstellplätze)
- Gesundheitsfördernde, sorgende Gemeinschaften („Caring Communities“) bundesweit ausbauen

Wissen und Kompetenzen

- Wissen zu positiven Auswirkungen von regelmäßiger Bewegung vermitteln (z. B. Bewegungsempfehlungen) und zu aktiver Mobilität, Bewegung und Sport anregen
- Gemeinschaft durch kleinräumige, identitätsstiftende Strukturen und kulturelle und sportliche Angebote fördern
- Rahmenkonzept für Sorgende, gesundheitsfördernde Gemeinschaften („Caring Communities“) erarbeiten, den Nutzen sichtbar machen und Methoden (Best Practice Toolbox) zu deren Förderung bekannter machen und erweitern

Stimmen der Beteiligten

„Dringendes Handeln für Klima- und Umweltschutz als unabdingbare Voraussetzung zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.“

(Bürger:innen-Rat West)

„Rücksichtsvolles Zusammenleben fördert die Lebensqualität.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Konsumfreie, gestaltbare Mehrzweckräume für Jugendliche und frei nutzbare Plätze in der Natur (z. B. Grillplätze).“

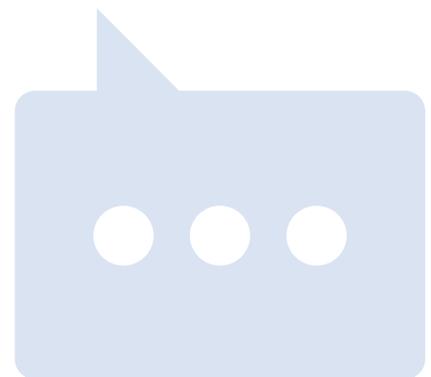
(Jugendliche)

„Etablierung und Ausrollung von Caring Communities ausgehend von Modellregionen.“

(Expertinnen und Experten)

„Grünflächen fördern die Bewegung.“

(Migrant:innen)



Arbeitsplatz

Integriertes Betriebliches Gesundheitsmanagement fördern und Klein(st)-Betriebe bei der Sicherung eines gesunden Arbeitsumfelds unterstützen

Die Arbeitswelt ist ein zentraler Lebensbereich für die Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen im Erwerbsalter. Sie ist, etwa durch die Digitalisierung und die Klimakrise, laufend Veränderungen unterworfen. Gute und gesundheitsfördernde Arbeitsverhältnisse können eine große Wirkung für die Gesundheit erzielen. Ein Schlüssel dazu ist das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM). Indem Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF), Arbeitnehmer:innenschutz und Betriebliches Eingliederungsmanagement **zu einem integrierten Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) vereint** werden, sollen Synergien aus allen drei Bereichen besser genutzt werden. Die Nationale Strategie „Gesundheit im Betrieb“ bietet dazu einen Rahmen. Dieser zufolge braucht es, eine breitenwirksame Sensibilisierung und zielgruppenorientierte Konzepte, um unterschiedliche Betriebe, Branchen und Berufsgruppen **bei der Schaffung eines gesundheitsfördernden Arbeitsumfelds** zu unterstützen. Insbesondere **benachteiligte Branchen, Klein- und Kleinstbetriebe sind hier zu berücksichtigen**. Wichtig ist auch, unterschiedliche Bedarfe von Arbeitnehmer:innen zu beachten und die Arbeitsplätze entsprechend zu gestalten.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Aufgaben aller relevanter Stakeholder:innen im BGM und Akteur:innen klären und Nahtstellenmanagement für BGM etablieren
- Die „Top 10-Themen im Betrieb“ und entsprechende Maßnahmen z. B. mittels Gesundheitskonferenzen abstimmen
- Vorhandene Strategien besser koordinieren

Ressourcen und Umsetzung

- Koordinierte Inputs zu BGM-Themen im Rahmen von Berufsausbildungen einbringen
- Maßnahmen der BGM-Strategie intersektoral abstimmen und umsetzen
- BGM-Pilotprojekte mit Klein- und Kleinstbetrieben begleiten

Wissen und Kompetenzen

- Durch Kampagnen und Information zu BGM ein gemeinsames Verständnis ermöglichen und fördern
- Evidenz- und Wirkungsanalysen für BGM hinsichtlich der Erwartungshaltung von Arbeitgeber:innen in unterschiedlichen Settings sowie hinsichtlich digitaler Austauschformate und ihrer Wirkungen durchführen
- Regionale BGF-Netzwerkinitiativen und Cluster ausweiten (im Falle deren positiver Evaluation)
- Motivatoren für BGM analysieren und Evidenz für die Benefits von BGM schaffen (Selbstevaluierungstools, Unternehmenskennzahlen/Return on Investment, ...)

Stimmen der Beteiligten

„Gesundheit am Arbeitsplatz fördern durch Anreize für Arbeitgeber:innen, die sich um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter:innen kümmern sowie Kontrolle der Arbeitnehmer:innen-Schutzbestimmungen und konsequente Bestrafung bei Verstößen.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Maßgeschneidertes Arbeitskonzept auch für Personen mit spezifischen Bedürfnissen.“

(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)

„Mehr Möglichkeiten der Altersteilzeit, sichere Beschäftigung und faire Entlohnung.“

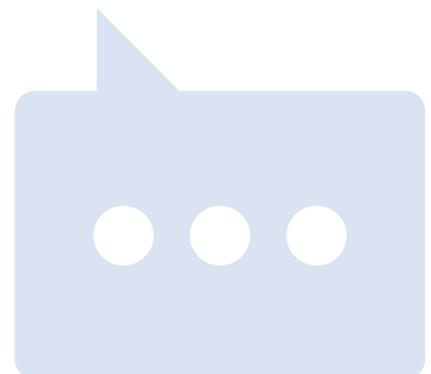
(Armutgefährdete)

„Geringere Krankenstände, Zufriedenheit und gegenseitige Unterstützung wirken sich erheblich auf Kosten und Output aus.“

(Expertinnen und Experten)

„Interessierte und unterstützende Arbeitskolleg:innen und Chef:innen und ein verständnisvoller, wertschätzender Umgang und Austausch am Arbeitsplatz und in der Lehre.“

(Jugendliche)



Psychosoziales Wohlbefinden

Psychosoziale Gesundheit, Enttabuisierung psychischer Belastungen und ein respektvolles Miteinander fördern

Multiple gesellschaftliche Krisen, wie Pandemie, Krieg und Klimawandel, führen dazu, dass die psychische Gesundheit vieler Menschen belastet ist. Um **psychische Gesundheit zu fördern sind gesunde Lebensverhältnisse** relevant: in der Arbeit, in der Schule, in der Freizeit, in der Nachbarschaft und im engsten sozialen und familiären Kreis. Hier setzt die Gesundheitsförderung an. Gerade in Zeiten, in denen soziale Netzwerke und Kontakte, z. B. durch Pandemie oder wirtschaftliche Entwicklungen, stärker belastet sind, gilt es die Menschen in der Aufrechterhaltung dieser Netzwerke und im solidarischen Handeln zu unterstützen. Dazu braucht es unter anderem eine Stärkung der Selbstwirksamkeit, kritische Auseinandersetzung mit Selbst-, Körper- und Rollenbildern – insbesondere zur Stärkung von Frauen und Mädchen – sowie vorbeugende Maßnahmen gegen Gewalt, insbesondere im häuslichen Kontext. Gesellschaftlich wird die Enttabuisierung und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen als wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation Betroffener gesehen. Angeregt wird hier vor allem die **Sensibilisierung und Aufklärung zu psychosozialer Gesundheit**. Zudem soll ein leichter und rascher Zugang zu Beratung, Therapie und Unterstützung für psychisch erkrankte Menschen gesichert sein.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Nationalen Aktionsplan psychosoziale Gesundheit entwickeln
- Übergreifende Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entwickeln
- Gemeinschaftliche Selbsthilfe und Peer-Beratung strukturell verankern

Ressourcen und Umsetzung

- Leichten und raschen Zugang zu Vorsorge, Beratung und Therapie bei psychischen Belastungen und Erkrankungen sicherstellen, insb. auch für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen
- Therapeutische Angebote und Beratung für Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache schaffen
- Am Arbeitsplatz, in Kindergärten und Schulen psychosoziale Gesundheit erhalten und fördern (gesunde Arbeitsbedingungen, ausreichend Fachpersonal und Kapazitäten)
- Entlastungen durch Alltagshilfen für ältere Menschen und unterstützende Angehörige einführen oder zugänglicher machen sowie Entlastungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Betreuungspflichten
- Gemeinschaftsbildende kommunale Initiativen finanziell und organisatorisch durch die öffentliche Hand unterstützen

Wissen und Kompetenzen

- Gesundheitsfördernde Kommunikation und Persönlichkeitsbildung unter anderem in der Schule (für alle Schulpartner:innen) stärken
- Maßnahmen zur Sensibilisierung für psychosoziale Gesundheit (Schule, Arbeitsplatz, Familie, ...) z. B. mit Infokampagnen setzen

Stimmen der Beteiligten

„Gesamthafte Lösung für die psychosoziale Versorgung (unter Berücksichtigung vulnerabler Gruppen, wie Kinder und Jugendliche, Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, LGBTQI+-Personen).“

(Expertinnen und Experten)

„Vorsorge gegen und Therapie bei psychischen Erkrankungen verbessern.“

(Bürger:innen-Rat Ost)

„Erhöhung der Zahl der Zentren, die psychologische Beratungsdienste anbieten, insbesondere für Flüchtlinge.“

(Migrant:innen)

„Professionelle Hilfe und Behandlungen bei psychischen Problemen in Anspruch nehmen können (auch über Hotlines).“

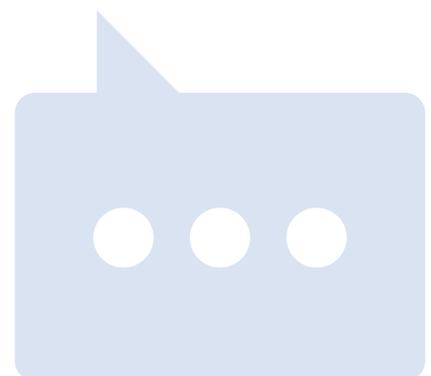
(Jugendliche)

„Akzeptanz und eine offene Gesellschaft: Tabus sollen angesprochen werden.“

(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)

„Existenzängste und das Gefühl, mit der belastenden Situation alleine zu sein. Die Erfahrungen, die aus der eigenen schwierigen Situation gewonnen werden, können für die Beratung anderer Personen in ähnlicher Lage genutzt werden.“

(Armutgefährdete)



Aufwachsen

Bildungs- und Betreuungsräume für Kinder, Jugendliche und Pädagog:innen gesundheitsfördernd gestalten

Die frühe Kindheit ist prägend für den weiteren Lebensweg. Unterstützung und Förderung von Anfang an können Lebensqualität, sozioökonomische Lage und Gesundheit bis weit ins Erwachsenenleben positiv beeinflussen. Alltagspraktische Unterstützung für Familien und Gesundheitsförderung im Kindergarten, in Schulen, an deren Schnittstellen zu außerschulischen Angeboten und bei der Freizeitgestaltung haben daher ein hohes Potenzial, um breit zu wirken. Maßnahmen zur **ganzheitlichen, gesundheitsfördernden Gestaltung von Bildungseinrichtungen** setzen bei der Gesundheit von Kindern, Jugendlichen sowie Pädagog:innen an. Die Vermittlung von Gesundheitswissen, Förderung sozial-kommunikativer und emotionaler Kompetenzen sowie Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen und ihren Bezugspersonen wird empfohlen. Wichtig sind ein verbesserter Betreuungsschlüssel in allen Bildungseinrichtungen und gute Arbeitsbedingungen sowie eine faire Entlohnung in pädagogischen Berufen. Besonders die **Aufwertung der Berufe im Bereich der Elementarpädagogik** und die bundesweite Sicherung qualitätsvoller, leistbarer Kinderbetreuung sind hervorzuheben. Voraussetzung ist zudem, eine gesundheitsfördernde Infrastruktur in Bildungseinrichtungen, wie etwa Bewegungsräume, Gemeinschaftsküchen und Gärten, mit einem entsprechenden Unterrichtsangebot zu schaffen.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Bildungsrahmenpläne für Kindergärten sowie Lehrpläne an Schulen überarbeiten bzw. „entrümpeln“
- Partizipativen Prozess zur Überarbeitung der Ausbildungscurricula von pädagogischem Personal initiieren
- Bundesweit flächendeckende leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuung (Rechtsanspruch) schaffen
- Rahmenbedingungen für weniger Zeitdruck und kontinuierliches Lernen im Schulalltag schaffen, um Chancengerechtigkeit zu fördern und die stärkere Integration wichtiger Schwerpunktthemen (wie Gesundheitsförderung) zu ermöglichen

Ressourcen und Umsetzung

- Gesundheitsfördernde Strukturen in Schulen weiter fördern und umsetzen
- Unterstützungssysteme für Kinder mit Behinderung an den Schulen und für die sie begleitenden Pädagog:innen sichern
- Professionelle Begleitung der Pädagoginnen und Pädagogen (Schulentwicklungsberatung, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheitsförderung) anbieten
- Gute Arbeitsbedingungen in Schulen und Betreuungseinrichtungen fördern mit Supervision und genügend Vorbereitungszeit
- Betreuungsschlüssel verbessern
- Piloten „tägliche Bewegungseinheit“ für Kinder in Bildungseinrichtungen ausrollen
- Öffentlichkeitswirksame Kampagne für mehr Männer in elementarpädagogischen Berufen durchführen

Wissen und Kompetenzen

- Gesundheitsfolgenabschätzungen durchführen, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, bevor Maßnahmen umgesetzt bzw. ausgerollt werden
- Evaluierte Programme auch in Bildungseinrichtungen ausrollen, um psychosoziale Schutzfaktoren von Kindern und Jugendlichen zu stärken
- Angebote zur Stärkung der Gesundheitskompetenz in den Schulen speziell für sozial benachteiligte Gruppen einführen

Stimmen der Beteiligten

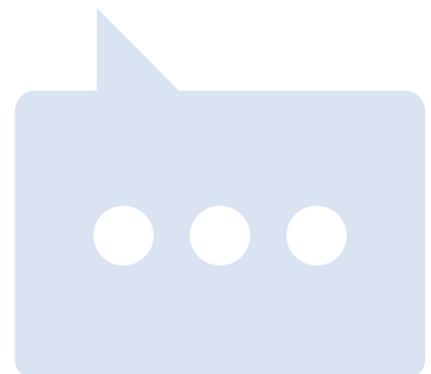
„Ressourcen und Infrastruktur für Gesundheitsbildung in der Schule schaffen (Kochen, gesunde Ernährung, Bewegung,...).“
(Bürger:innen-Rat West)

„Professionelle Lehrerinnen und Lehrer, die uns Jugendliche fair und gleich behandeln, egal woher wir kommen und welche Sprache wir sprechen oder wie wir aussehen.“
(Jugendliche)

„Verbesserung der beruflichen Gesundheitsdeterminanten pädagogischer Berufsbilder (...) damit diese gesund bleiben und aktiv auf die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer Schützlinge einwirken können.“
(Expertinnen und Experten)

„Hilfe und Unterstützung der Kinder und Eltern, um Hausübungen zu bewältigen.“
(Migrant:innen)

„Gesunde Kommunikation lehren und anwenden (gegenseitige Anerkennung, Achtung und Respekt, gewaltfreie Sprache).“
(Bürger:innen-Rat Ost)



Nachhaltiges Ernährungssystem

Ein gesundes, faires und nachhaltiges Ernährungssystem schaffen, insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung

Eine ausgewogene, bedarfsdeckende, qualitätsvolle und altersgerechte Ernährung ist für eine gesunde Entwicklung und viele gesunde Lebensjahre bedeutend. Eine **gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung** in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Betrieben, Pensionist:innen-Wohnhäusern oder auch Vereinen, kann eine gesunde Ernährung für alle stärken. Gesunde und nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung fördert das soziale Miteinander sowie die Klima- und Gesundheitskompetenz. Sie kann zudem einen Beitrag zu Ernährungssicherheit, unabhängig von sozialen und ökonomischen Bedingungen, leisten. Eine umwelt- und klimaschonende, vermehrt pflanzliche Ernährung ist auch ein wichtiger Schlüssel zum Erhalt der natürlichen Umwelt und der Reduktion gesundheitsschädlicher Einflüsse für Umwelt, Klima, Mensch und Tier.

Zur Schaffung gesundheitsfördernder Lebensräume im Sinne der planetaren Gesundheit ist eine **Neuausrichtung des Ernährungssystems („vom Feld auf den Teller“)** entscheidend. Eine klimagerechte, gesunde und leistbare Ernährung soll insbesondere durch Maßnahmen politischer Steuerung gefördert werden. Steueranpassungen und Förderungen hin zu regionaler und das Tierwohl achtender Nahrungsmittelproduktion und die Reduktion von Lebensmittelverschwendung gelten hier als wichtige Ziele.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Rechtlichen Rahmen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung (insb. im Handel und in der Gemeinschaftsverpflegung) anpassen
- Steueranpassungen bei Nahrungsmitteln zur Förderung eines nachhaltigen und gesundheitsfördernden Konsumverhaltens nutzen
- Gesunde, regionale, biologische Lebensmittel für alle leistbar anbieten
- Gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung in Betrieben, Bildungs- und Betreuungs-, Sozial- und Pflegeeinrichtungen forcieren
- Landwirt:innen und Landarbeiter:innen zur Mitarbeit für eine umweltgerechte, biologische Landwirtschaft aktivieren

Ressourcen und Umsetzung

- Gesunde Ernährung besonders bei Kindern und Jugendlichen, u. a. durch kostenfreie, biologische und ausgewogene Mahlzeiten in Schule und Kindergarten, sichern
- Übergewicht und daraus resultierende Stigmatisierung mittels gesunder Verpflegung und Information für Kinder, aber auch für ältere Menschen, vermeiden
- Wissen zu nachhaltiger, gesundheitsfördernder, verstärkt fleischloser Küche vermitteln
- Nötige Infrastruktur (Speisesaal, Küchen etc.) und Wissen für die Gemeinschaftsverpflegung in den Settings schaffen
- Die nötigen Agrarflächen und Kapazitäten für gesunde Nahrung und klimafreundliche Landwirtschaft sicher stellen
- Maßnahmen zur Sicherung des Tierwohls und der Biodiversität sowie zur Reduktion des Landverbrauchs umsetzen

Wissen und Kompetenzen

- Transparenz und Aufklärung zu Produktionsketten, pflanzlicher und tierischer Ernährung und den Auswirkungen auf das Klima und die Gesundheit (z. B. Lebensmittelkennzeichnungen)
- Bundesweite Ist-Stand-Erhebung / Evaluation von Gemeinschaftsverpflegung durchführen

Stimmen der Beteiligten

„Mit gesunder Ernährung schaffen wir die Basis für viele gesunde Lebensjahre.“

(Bürger:innen-Rat Ost)

„Strukturwandel in der Lebensmittel-Produktion zu Gunsten der regionalen, nachhaltigen Herstellung und Vermarktung.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Aufklärung über Produktionsketten und über die Herkunft von Lebensmitteln, Verschiebung hin zu mehr pflanzlicher Ernährung in der Schule und am Arbeitsplatz und Umstellung der landwirtschaftlichen Förderungen für mehr gesunde, regionale und biologischer Lebensmittel.“

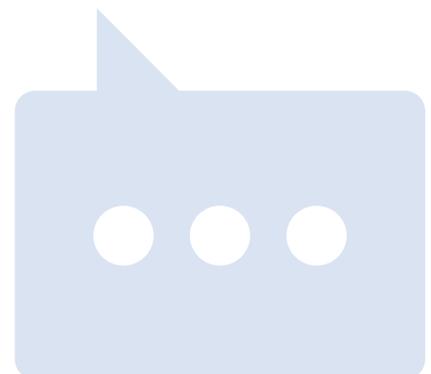
(Bürger:innen-Rat West)

„Gesunde, vielfältige und bedarfsgerechte Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung fördern.“

(Senior:innen)

„Die Lebenswelt Schule ist für die Förderung eines nachhaltigen und gesundheitsfördernden Ernährungsverhaltens im Kindes- und Jugendalter entscheidend.“

(Expertinnen und Experten)



Ressourcen für Gesundheitsförderung

Finanzielle und personelle Ressourcen erhöhen, Strukturen für und Wissen über Gesundheitsförderung stärken, Zusammenarbeit verbessern

Um Gesundheitsförderung durch politikfeldübergreifende Zusammenarbeit zu verankern und in allen Sektoren einzubringen, braucht es klar definierte Mechanismen, Anreize, Personalressourcen und adäquat verteilte Kompetenzen. Dazu kann eine Neuerung bei der Finanzierung von Gesundheitsförderung, etwa über eine **gemeinschaftliche Finanzierung durch mehrere Institutionen bzw. Sektoren** beitragen. Diese soll zur **strukturellen Verankerung von Gesundheitsförderung in allen Institutionen und Körperschaften**, insbesondere auf Länder- und Gemeindeebene beitragen und Maßnahmen an der Schnittstelle von Gesundheit und Sozialem ermöglichen, die zur Abdeckung der Bedarfe vor allem benachteiligter Gruppen beitragen können.

Strukturen und Wissen sind eine wichtige Voraussetzung für die evidenzbasierte und bedarfsgerechte Planung und Gestaltung von gesundheitsfördernden Angeboten. Hier braucht es mehr Ressourcen für partizipative, inter- und transdisziplinäre Forschung im Bereich der Gesundheitsförderung und eine engere Anbindung an internationale Forschung, um in Österreich Kapazitäten für die Gesundheitsförderung aufzubauen und zu sichern.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Bundesweite Strategie zu Qualitäts- und Förderrichtlinien in der Gesundheitsförderung ausarbeiten
- Bekenntnis der Stakeholder:innen zu gemeinschaftlicher Finanzierung durch mehrere Institutionen und Sektoren fördern
- Finanzierungsmechanismen, etwa über den Finanzausgleich und im Regierungsprogramm nachhaltig verankern

Ressourcen und Umsetzung

- Budget für Forschung im Bereich der Gesundheitsförderung bereitstellen
- Eine langfristige Finanzierung und Trägerschaft für Gesundheitsförderungsorganisationen auf Gemeindeebene ermöglichen, um von Projekten zu Programmen zu kommen

Wissen und Kompetenzen

- Lehrstuhl für Gesundheitsförderung und Public Health schaffen
- Nachwuchsforscher:innen fördern
- Faktenbasiert und allgemeinverständlich Forschungsergebnisse an die Bevölkerung herantragen
- Bestehende Non-Profit-Strukturen zum Lukrieren von Fördermitteln für Gesundheitsförderungsforschung auf EU-Ebene ausbauen

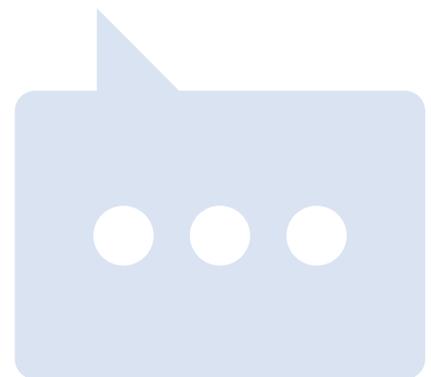
Stimmen der Beteiligten

„Förderung von interdisziplinärer Forschung, die Co-Benefits für Gesundheit und andere Gesellschaftsbereiche aufzeigt.“
(Expertinnen und Experten)

„Die ausgeglichene Verteilung der Mittel auf kurativen und präventiven Gesundheitsbereich spielt beim Leadership, den Gesetzen und der Strategie eine wesentliche Rolle.“
(Expertinnen und Experten)

„Unbedingt finanzielle Ausweitung von Fördermöglichkeiten im Bereich Gesundheitsförderung – viele Organisationen stemmen das nicht (mehr) aus dem regulären Budget.“
(Expertinnen und Experten)

„Die weitere Vernetzung der Gesellschaftsbereiche, die Schaffung einer starken Wissensbasis und entsprechende Mittel für Prävention und Gesundheitsförderung sind ausschlaggebend.“
(Expertinnen und Experten)



Beteiligung der Bevölkerung

Beteiligung und Mitgestaltung der Bevölkerung als Schlüssel für mehr Gesundheit stärken

Partizipation und Mitbestimmung auf allen Ebenen zu fördern, wird von allen Beteiligten im Prozess als zentraler Aspekt einer gesundheitsfördernden Zukunft betont. Beteiligung von Bürger:innen trägt entscheidend dazu bei, die Bedarfe der Bevölkerung besser zu verstehen und Maßnahmen gezielt daran auszurichten. Wichtig dafür sind **dauerhafte Beteiligungsmöglichkeiten und passende Rahmenbedingungen für Partizipation**.

Der systematische Einbezug der Patient:innen-Perspektive seitens des Gesundheitssystems wird hierzu ebenso gezählt, wie die partizipative Gestaltung von Lebenswelten im Arbeits- und Schulkontext oder auch im Wohn- und Lebensraum. In Beteiligungsprozessen gilt es besonders auf die Inklusion von vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu achten und Formate zu wählen, welche auch soziale Gruppen erreichen, die meist weniger gehört werden, sodass **alle in Österreich lebenden Menschen empowert werden, sich aktiv einzubringen und mitzugestalten**.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Politisches Commitment zu Partizipation auf Bundes- und Landesebene (Aufbau entsprechender Struktur) fördern
- Eine Partizipationsstrategie (Stufenplan), begleitet von einem Gremium mit Interessensgruppen entwickeln

Ressourcen und Umsetzung

- Zentrale Übersicht über Beteiligungsmöglichkeiten und -erfahrungen einrichten (Online-Portale zur Abbildung der Bedarfe und Stimmungen der Bürger:innen)
- Drehscheibe/Anlaufstelle für Stakeholder:innen und Interessierte zu Beteiligungsfragen schaffen (Struktur mit Durchblick: öffentlich, niederschwellig, informativ, top-down/bottom-up)
- Bundesweite Bürger:innen-Räte zur Themensetzung im gesamten Politikkreislauf u. a. für Menschen in Gesundheitsberufen und zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen durchführen (z. B. „Wie kommen wir zu einer Well-Being-Society?“)
- Patient:innen-Räte im Gesundheitssystem einführen

Wissen und Kompetenzen

- Partizipative Forschung und Sensibilisierung von Forscher:innen für neue, bedarfsrelevante Fragestellungen (Begleit- und Methodenforschung, (Pilot-) Projekte, Forschungsförderung) fördern
- Inklusive Information und Aufklärung zu Beteiligungsformaten und Schulungen für Bürger:innen anbieten
- Peer-Schulungen für Multiplikator:innen anbieten, um Erreichbarkeit über Settings (z. B. Schule) zu sichern und Kommunikationskanäle auszubauen

Stimmen der Beteiligten

„Infrastruktur und Angebote schaffen, um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und sicherzustellen.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Vermehrter Fokus auf breite, partizipative Prozesse zur Planung und Umsetzung einzelner (und in Summe akkordierter) Maßnahmen im Kontext der Gesundheitsförderung.“

(Expertinnen und Experten)

„Mitbestimmungsmöglichkeiten, um gehört zu werden, eigene Prioritäten setzen zu können und mitzugestalten.“

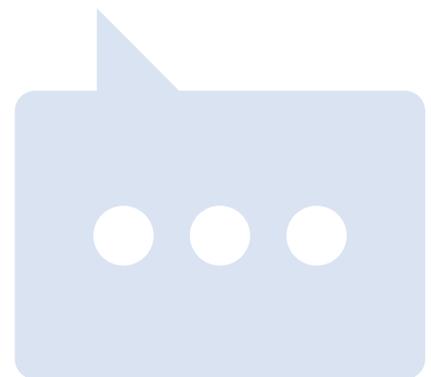
(Jugendliche)

„Mitsprache und mehr Entscheidungsmöglichkeiten im Pensionist:innen-Wohnhaus und in den verschiedenen Lebensbereichen.“

(Senior:innen)

„Erfahrungswissen von Betroffenen in die Behandlung von Patient:innen einfließen lassen.“

(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)



Gesundheitskompetenz und -information

Gesundheitsinformation zielgruppenspezifisch und niederschwellig aufbereiten und (digital) zugänglich machen.

Der **Zugang zu verständlich aufbereiteten, wissenschaftlich fundierten Gesundheitsinformationen und die Kommunikation zu gesundheitsrelevanten Themen** gelten als Werkzeuge für eigenverantwortliches gesundheitsförderndes Handeln. Eine niederschwellige Gesundheitskommunikation trägt zur **Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung** bei und stärkt die Gesundheitskompetenz. Sie kann auch zur Sensibilisierung gegen Gewalt und deren gesundheitlichen Folgen beitragen. Ein Fokus zur Vermeidung der Gewalt an Frauen ist hier wichtig. Neben Bildungseinrichtungen kommt den Medien bei der Vermittlung dieser Informationen eine wichtige Rolle zu. Vor allem soziale Medien sind für die Verbreitung von verlässlicher Gesundheitsinformation derzeit noch wenig erschlossen. Für viele Menschen ist es schwierig zu entscheiden, welche der gefundenen Informationen fundiert und hilfreich sind. Neben der Förderung einer entsprechenden Medienkompetenz soll die mediale Vermittlung von gesundheitsrelevanten Themen in diesem Sinn optimiert werden. Der digitale Raum kann auch für die Vernetzung stärker genutzt werden und bietet für den Austausch z. B. in Selbsthilfegruppen viele Möglichkeiten. Zudem sollen Wege gefunden werden, vulnerable und schwer erreichbare Gruppen besser mit Gesundheitsinformation zu versorgen, etwa durch ein niederschwelliges Angebot an Orten, an denen sich Menschen aufhalten (Post, Verkehrsmittel,..), sowie über weitere Telefonhotlines und bestehende Angebote (z. B. Community Nurses). Die Schaffung weiterer Angebote zur lebenslangen Gesundheitsbildung und Stärkung der Gesundheitskompetenz wird angeregt.

Empfohlene Maßnahmen:

Policy und Vernetzung

- Verbreitung von Gesundheitsinformation an Orten, an denen sich Menschen aufhalten (Post, Bank, Gasthaus,...)
- Gesundheitsinformation über alle Medien verbreiten und insbesondere im öffentlichen Rundfunk integrieren

Ressourcen und Umsetzung

- Leicht zugängliche Informationen zu Beratungs- und Vermittlungsangeboten anbieten
- Zielgruppengerechte Info-Kampagne zu gesundheitsfördernden Maßnahmen und gesundheitsgefährdenden Risiken durchführen
- Übersichtliche Plattformen zu Angeboten erarbeiten
- Gesundheitsförderung in der Schule verankern
- Social Media Präsenz zu Themen der Gesundheitsförderung stärken
- Vernetzung über Social Media zum Austausch für nützliche Informationen (z. B. pflegende Angehörige) nutzen

Wissen und Kompetenzen

- Medienkompetenz fördern und im Umgang mit Social Media, Informationsfülle und Fakenews schulen
- Verständliche, wissenschaftlich fundierte Gesundheitsinformationen zielgruppenspezifisch und unter Berücksichtigung genderspezifischer Unterschiede aufbereiten
- Gesundheitskompetenz stärken
- Gesundheitsinformation und Prävention allgemein und speziell zum Thema „Sucht“ anbieten (z. B. zum Rauchen)

Stimmen der Beteiligten

„Aufklärung über gesundheitsfördernde Maßnahmen und gesundheitsgefährdende Risiken beispielsweise durch Info-Kampagnen.“

(Bürger:innen-Rat Ost)

„Geschulter Umgang mit digitalen Medien für Kinder und Eltern.“

(Bürger:innen-Rat West)

„Fundierte, zielgruppenspezifische, leicht zugängliche Informationen und Strukturen zum Gesundbleiben.“

(Bürger:innen-Rat Süd)

„Soziale Medien für die mediale Vermittlung von gesundheitsrelevanten Themen nutzen und für die Vernetzung mit Menschen in ähnlicher Situation.“

(Migrant:innen)

„Die Automatisierung des Alltags muss durch altersgerechte Bedien- und Handhabbarkeit begleitet werden.“

(Senior:innen)

„Es braucht Unterstützung in der digitalen Welt.“

(Menschen aus Selbsthilfeorganisationen)

„Vermehrtes Einbeziehen der Medien zur Verbreitung von Gesundheitsinformationen zur Stärkung der Health Literacy.“

(Expertinnen und Experten)

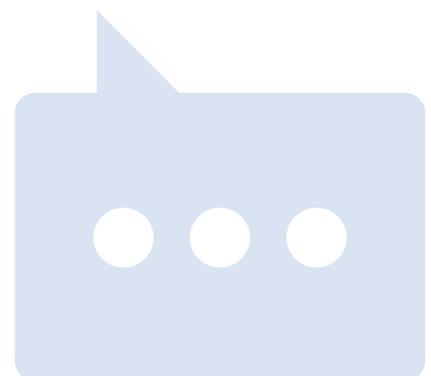




Foto: Markus Huber

Der Weg zu mehr Lebensqualität: Nächste Schritte

Das vorliegende Empfehlungspapier (Roadmap) hat das Ziel, konkrete Maßnahmen für mehr Gesundheit und Lebensqualität für alle in Österreich lebenden Menschen in den kommenden fünf Jahren zu konkretisieren und zu priorisieren.

Seitens des BMSGPK werden die Maßnahmenbündel zur Themensetzung bereits jetzt für laufende und geplante wichtige Entscheidungsprozesse herangezogen und eingebracht, wie etwa bei der Aktualisierung der **Gesundheitsförderungsstrategie** und im Rahmen der Verhandlungen zum Finanzausgleich. In den daraus entstehenden Papieren werden konkrete Fristen und Meilensteine definiert. Diese legen fest, ob und wie die Themen in die strategische Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung in Österreich einfließen werden.

Die Kompetenzzentren der **Agenda Gesundheitsförderung** setzen ab sofort Maßnahmenbündel aus den Schwerpunkten Gesundheits- und Sozialwesen, klimafreundliche und bewegungsfreundliche Lebens- und Sozialräume, Aufwachsen, psychosoziales Wohlbefinden, Beteiligung der Bevölkerung, nachhaltiges Ernährungssystem und Gesundheitsbildung und -information um.

Der **Fonds Gesundes Österreich** greift die Schwerpunkte im Arbeitsprogramm ab 2024 auf und unterstützt diese in seinen Umsetzungs- und Förderprogrammen.

Weitere **Beteiligungsmöglichkeiten** werden durch das BMSGPK und das Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung angeboten, um die Bevölkerung, Expertinnen und Experten und Stakeholder:innen auch bei der Umsetzung einzubeziehen und über die Fortschritte zu informieren. Über aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten wird auf der Webseite agenda.gesundheitsfoerderung.at informiert. Ende 2023 werden z. B. Bürger:innen im Gesundheitsministerium zu einer Präsentation der umgesetzten Maßnahmen eingeladen.

Bündnisse werden eingegangen, um zentrale Maßnahmen auf den Weg zu bringen und in die Umsetzungspläne laufender und künftiger Strategien einzubinden: vor allem in die Umsetzung der Gesundheitsziele Österreich, die Nationale Strategie „Gesundheit im Betrieb“, die Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie und die Österreichische Jugendstrategie, die Demenzstrategie, die Österreichische Tabak- und Nikotinstrategie sowie die Nationalen Aktionspläne für Frauengesundheit, Behinderung, Ernährung und Bewegung.



Foto: Irina Vana und Lisa Schlee



Foto: Norman Vaughan

Impressum

Die inhaltlichen Grundlagen zu diesem Dokument wurden im partizipativen Strategieprozess „Zukunft Gesundheitsförderung“ entwickelt und mit einem Redaktionsteam textlich bearbeitet. Ergänzend zu dem Redaktionsteam (Projektteam der GÖG/FGÖ und des BMSGPK) wurden Personen eingeladen, zum Erstentwurf Feedback zu geben, die aktiv als Moderator:innen in einen der Strategieworkshops eingebunden waren, sowie Arbeitsgruppen-Leiter:innen der Gesundheitsziele und zuständige Personen ausgewählter Strategien, die für Gesundheitsförderung relevant sind.

Auftraggeber:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) im Rahmen der „Agenda Gesundheitsförderung“

Umsetzung:

Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung (Gesundheit Österreich GmbH, Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich)

Mag.^a Gerlinde Rohrauer-Näf, MPH (Leiterin des Kompetenzzentrums Zukunft Gesundheitsförderung)

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Irina Vana (Projektleitung Health Expert, Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung)

Lisa Schlee, Msc (Junior Health Expert, Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung)

Gabriele Antony, BA, MA (Health Expert, Gesundheit Österreich GmbH)

Prozessbegleitung und -beratung:

Umsetzung der Bürger:innenräte: DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kerstin Arbter (Büro Arbter), Mag.^a Andrea Binder-Zehetner (Public Management)

Online-Plattform: Dr. Ralf Grötter (CrowdInsights)

Foresight-Prozess: Dr.ⁱⁿ Doris Wilhelmer (Austrian Institute of Technology)

Beratung: Mag. Michael Lederer (Büro für Zukunftsfragen)

Kooperationspartner:innen:

Unterstützung bei der Umsetzung der Bürger:innenräte Süd und West: Styria vitalis, AVOS

Umsetzung der Fokusgruppen: Caritas Sozialberatung, FEM Süd, MEN, KWP (Haus Prater),

bOJA, mobile Jugendarbeit Tandem, Dachverband der Selbsthilfe Oberösterreich

Fotos:

Forum: Wolfgang Pecka

Bürger:innenrat Ost: Norman Vaughan (bettertogether)

Bürger:innenrat West: Markus Huber, MA (www.markushuber.net)

Bürger:innenrat Süd: Ulla Sladek (<https://www.ullasladek.at/>)

Fokusgruppe Migrant:innen: Sultan Züleyha Arslan (FEM Süd), Fokusgruppe Jugendliche: Irina Vana und Lisa Schlee (Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung)